

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Mosambik.

## Ressourcenfunde in Mosambik

Reichtum für Wenige oder Weg aus der Armut?

**KATHARINA HOFMANN | ADRIAN DE SOUZA MARTINS**

August 2012

- In Mosambik sind Gas- und Kohlevorkommen entdeckt worden, die zu den größten der Welt zählen. Laut nationalem Erdölinstitut besitzt Mosambik über 2,8 Billionen Kubikmeter Erdgasreserven, dies ist vergleichbar mit denen im Irak.
- Der Umgang mit diesen Rohstoffen wird die zukünftige Entwicklung des Landes prägen. Schätzungen zufolge könnten die Einkommen aus den Ressourcenfunden die bisherige Abhängigkeit von internationalen Geldern der Entwicklungszusammenarbeit (ca. 40 Prozent des Staatshaushalts) in den nächsten fünf bis zehn Jahren beenden.
- Mosambik muss durch den Aufbau von Institutionen zur Steuerung und Verteilung der Rohstoffeinnahmen dem Ressourcenfluch entgegenwirken. Dazu sind rechtsstaatliche Rahmenbedingungen fundamental, um verpflichtende und einhaltbare Standards bei der Förderung der Ressourcen zu etablieren, die bisher nicht bzw. nicht ausreichend existieren.

## Neues Eldorado?

Die Rohstofffunde in Mosambik sind ein großes Potenzial. Täglich wird in den mosambikanischen Medien über neue Erdgasfunde vor der Küste der nördlichsten Provinz des Landes, Cabo Delgado, berichtet. Laut dem Vorsitzenden des nationalen Erdölinstituts, Arsenio Mabote, besitzt Mosambik über 2,8 Billionen Kubikmeter Erdgasreserven. Damit würde es nach offiziellen Angaben weltweit auf Platz 14 der erdgasreichsten Länder der Welt stehen.

Groß ist das Interesse internationaler Erdöl- und Erdgasunternehmen: Anadarko (USA) und ENI (IT) sind aktiv in der Exploration des Rovuma-Beckens vor der Küste von Cabo Delgado. Allein Anadarko plant, bis zum anvisierten Produktionsbeginn von Flüssiggas im Jahr 2018 gut 18 Milliarden US-Dollar zu investieren. Insgesamt geht man von Investitionen von etwa 90 Milliarden US-Dollar in den kommenden Jahren aus. Der geplante Bau von Gasverflüssigungsanlagen im Land verdeutlicht die großen Erwartungen der Unternehmen. Die Ministerin für natürliche Ressourcen, Esperança Bias, geht davon aus, dass der Anteil des Gassektors am BIP in den kommenden sechs Jahren von 1,7 Prozent auf 13 Prozent steigen wird. 2012 soll der Export von Erdgas aus Mosambik um 95 Prozent zunehmen und der interne Konsum um 40 Prozent steigen. Mosambik wurde damit zu den 15 afrikanischen Ländern mit den höchsten ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) gehören; sieben Milliarden US-Dollar pro Jahr werden in den nächsten fünf Jahren erwartet.

Neben den Gasvorkommen entdeckten Geologen die vermeintlich größte noch unerschlossene Koks-kohlelagerstätte der Welt in Mosambik. Der Abbau hat bereits begonnen: In diesem Jahr soll sich die Produktion in der Moatize-Mine in der nördlichen Provinz Tete mit über fünf Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr verzehnfachen. Mit Vale do Rio Doce (Vale, Brasilien) und Rio Tinto (Australien) sind zwei der größten Bergbauunternehmen der Welt vor Ort. Bis 2014 will Vale bereits elf Millionen Tonnen, bis 2017 das Doppelte produzieren. Komplementär sind Investitionen in Milliardenhöhe in Infrastrukturprojekte geplant und bereits in der Phase der Umsetzung. Dazu gehört der durch Vale finanzierte Bau einer neuen Eisenbahnstrecke und von zwei Häfen (Beira und Nacala) zum Abtransport und der Verschif-

fung der Kohle – in erster Linie nach Indien, China und Brasilien. Das Ministerium für natürliche Ressourcen (Ministério dos Recursos Minerais, MIREM) sagt für 2012 ein Wachstum von 60 Prozent im Minensektor voraus. Der Abbau von Schwersanden soll um 30 Prozent, die Kohleförderung um 190 Prozent steigen. Von 2010 auf 2011 hat sich die Produktion von Industriemineralien bereits verdoppelt.

Dank dieser Ressourcenfunde könnten die staatlichen Einnahmen aus dem extraktiven Sektor in etwa zehn Jahren die Höhe des aktuellen nationalen Haushalts erreichen. Mosambik hat seit mehreren Jahren ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich sieben bis acht Prozent, allerdings ausgehend von einem der niedrigsten Niveaus der Welt. Bisherige Einkommen des Landes speisen sich bisher fast ausschließlich aus so genannten »Megaprojekten« (u. a. einem Aluminiumwerk), ansonsten ist die Produktivität des Landes extrem niedrig. Mosambik ist laut Human Development Index eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. 40 Prozent des nationalen Haushalts werden von Geldern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gedeckt. Die Schaffung politischer Stabilität nach dem 1992 beendeten Bürgerkrieg und die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten machten Mosambik zu einem »Donor-Darling« im südlichen Afrika. Aufgrund einer steigenden Armutsrate sind die Geberländer in den letzten Jahren jedoch kritischer gegenüber der Regierung geworden, insbesondere bei der Vergabe von Budgethilfe.

## Wohin mit der »Kohle« – Ressourcenfluch oder ein Weg aus der Armut?

Wegen steigender Nachfrage nach Rohstoffen in erster Linie von China, Indien und Brasilien nehmen Explorations in ganz Afrika zu. Zunehmend wichtig ist dabei die Frage nach Verteilungsmechanismen, um die Wiederholung von schlechtem – d. h. Armut und Gewalt verstärkendem – Ressourcenmanagement zu vermeiden. Diese werden beschrieben als »dutch disease«: Sie entsteht durch eine einseitige, zumeist auf Rohstoffen basierende Exportwirtschaft, die zu Handelsüberschüssen und in der Folge zu einer Aufwertung der Währung führt. Dies wiederum verursacht Absatzprobleme für alle anderen exportierenden Industrien und hat somit auch negative Effekte für den Arbeitsmarkt. Negative Folgen sind eine

mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft und damit der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung.

Auf politischer Ebene sind eine Verschlechterung der Regierungsführung und eine Zunahme der Korruption zu befürchten. Hohe Einnahmen durch die extraktive Industrie führen in den meisten Fällen zu einer weiteren Entkoppelung der Regierung von den Bedürfnissen der Bevölkerung. Da die Regierung nicht mehr auf die Steuern der Bürger angewiesen ist, sondern auf die Einnahmen aus Rohstoffen setzen kann, investiert sie in Prestigeprojekte statt in das Humankapital – so weltweite Erfahrungen.

Eine schmale Elite kann sich an Rohstoffeinnahmen bereichern, da sie über exklusive Informationen und Zugänge in Politik und Wirtschaft verfügt. Dieses Szenario ist in Mosambik leicht möglich, da keine gewichtige Opposition besteht und legislative Kontrollmechanismen noch schwach ausgeprägt sind.

In Mosambik sind die staatlichen Institutionen durch die ehemalige antikoloniale Befreiungsbewegung Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO) dominiert, die das Land seit der politischen Unabhängigkeit 1975 regiert. Mitglieder der Regierung sind Anteilseigner großer Unternehmen sowohl im Staats- als auch im Privatsektor. Mosambik hat eine hohe Korruptionsrate (laut Transparency International Platz 120 von 183). Es existiert bisher keine gesetzliche Regelung, die politischen Amtsträgern verbietet, sich wirtschaftlich zu betätigen. Mangelnde Transparenz und mangelnder Zugang zu Informationen erschweren zivilgesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung. Mangelnde Informationen öffnen die Tore für Vetternwirtschaft und den Missbrauch öffentlicher Gelder.

### Unzureichende Rohstoffgovernance

Die staatlichen Institutionen Mosambiks sind nicht stark genug, den Rohstoffboom entlang konzeptioneller Zielvorgaben zu steuern. Die Erwartung, dass die staatlichen Einnahmen durch den extraktiven Sektor in zehn Jahren die Höhe des gesamten aktuellen Jahresbudgets Mosambiks erreichen können, verdeutlicht die Dringlichkeit des Aufbaus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kapazitäten zur wirksamen Regulierung des Rohstoffsektors.

Von verschiedenen Seiten werden die Praxis der Konzessionsvergabe und die (praktisch nicht vorhandene) Besteuerung der Megaprojekte im extraktiven Sektor kritisiert. Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie IWF und Weltbank bewerten die Besteuerung als zu gering und die Verhandlungsspielräume der Unternehmen als zu groß. Kritiker fordern ein einheitliches Vertragsmodell, anstatt wie zurzeit jede Konzession individuell zwischen Zentralregierung und Unternehmen auszuhandeln. Zwar sind einige Steuersätze festgelegt (Kohle drei Prozent, Erdgas sechs Prozent), doch hat die Regierung viel Spielraum, um den Unternehmen Zugeständnisse zu machen.

Die Konzessionsverträge sind in der Regel geheim, was die Kontrolle der Verpflichtungen verhindert. Die Verträge sind zum Teil sogar den Steuerbehörden unbekannt, die bereits bei den Abbau- und Ausfuhrmengen auf die Zahlen der Konzessionäre angewiesen sind. Diese können die Investitionskosten oder Abbaumengen zu ihrem Vorteil manipulieren, da die Behörden nicht die Kapazitäten haben, die Angaben zu überprüfen. 2007 wurden Gesetze verabschiedet, die verlangen, dass Ausgleichszahlungen an die Gemeinden gezahlt oder soziale Investitionen getätigt werden, die eine lokale wirtschaftliche Entwicklung fördern. Allerdings sind weder Summen oder Prozentsätze festgelegt worden, noch ist klar, welche Behörden für Berechnung, Kontrolle und Ausführung zuständig sind.

### Die sozialen Kosten der extraktiven Industrie

Der Enklaven-Charakter von extraktiven Industrien zeigt sich auch in Mosambik, wo die lokale Bevölkerung kaum von den Investitionen der Unternehmen profitiert. Laut Gesetz müssten die Unternehmen die Gemeinden bei Umsiedlungen informieren und konsultieren, damit Verabredungen zur Kompensation getroffen werden. Diese Konsultationen finden jedoch meist erst nach Abschluss der Planungen und Verhandlungen statt und sind rechtlich nicht bindend. Die von der Regierung verhandelten Leistungen bleiben den Betroffenen unbekannt. Die Umsiedlungen führen in der Folge oft zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der betroffenen Bevölkerung, da sie ohne Zugang zu Infrastruktur weniger Einkommensmöglichkeiten hat. Widerstand wird oftmals mit Polizeigewalt und Bedrohung unterdrückt.

Das Konfliktpotenzial dieser Missstände ist enorm. Nicht nur die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den länd-

lichen und den vom Abbau unmittelbar betroffenen Gebieten ist ein Risiko für die Stabilität des Landes. Die ärmere urbane Bevölkerung ist ebenso von den steigenden Preisen (insbesondere für Benzin und Lebensmittel) betroffen, die zunehmend auch eine Überhitzung auf dem Immobilienmarkt mit sich bringen. Bereits 2008 und 2010 gab es sogenannte »Brotunruhen« in Maputo. Diese können jederzeit wieder ausbrechen.

Auch die Erwartungshaltung der besser informierten und gebildeten jungen urbanen Bevölkerung ist hoch. Alle wollen vom erhofften »Boom« des Landes profitieren. Der Widerstand gegen die derzeitige Regierungspolitik könnte zunehmen, sollten die Erwartungen nicht erfüllt werden. Die jungen Städter haben bei der Wahl 2009 überdurchschnittlich für die neue Oppositionspartei Movimento Democrático de Moçambique (MDM) gestimmt. Sie identifizieren sich immer weniger mit der Ideologie der Befreiungsbewegung, die der FRELIMO nach wie vor als Hauptlegitimation dient. Mosambik ist ein demografisch sehr junges Land, über zwei Drittel der Bevölkerung sind unter 30 Jahren. Dies birgt einerseits wirtschaftliche Chancen, andererseits aber auch ein enormes Konfliktpotenzial. Die Mischung einer sehr jungen Bevölkerung, die wenig Formen der Mitbestimmung und Inklusion kennt, und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ist brisant.

Auch der Bereich der Arbeitnehmerrechte birgt erhebliches Konfliktpotenzial. Die mosambikanischen Gewerkschaften befinden sich im Transformationsprozess von einem sozialistischen zu einem kapitalistischen Staatsmodell. So ist auch ihre politische Nähe zur regierenden FRELIMO zu erklären. Es ist für sie aufgrund der geringen Anzahl formell beschäftigter ArbeitnehmerInnen eine enorme Herausforderung, Mitglieder zu gewinnen und sich zu organisieren, um ein Gegengewicht zur Regierung und den Unternehmen ausüben zu können. Die mosambikanischen Gewerkschaften sind weder organisatorisch noch finanziell oder konzeptionell darauf vorbereitet, mit den multinationalen Konzernen Interessenskonflikte auszutragen. Dieses Problem wird auch dadurch verstärkt, dass die Investitionsabkommen mit der mosambikanischen Regierung ohne die Beteiligung Dritter abgeschlossen werden.

## Die Suche nach einem erfolgreichen Entwicklungsmodell

Ein Vergleich von Ländern mit dominantem extraktiven Sektor ist aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen (Gesetzgebungen, Zustand der staatlichen Institutionen, Bevölkerungszahl) und spezifischen Voraussetzungen (Art der Ressourcenvorkommen, Geografie des Landes, Geschichte) schwierig. Botswana wird im afrikanischen Kontext meist als Erfolgsmodell für ein rohstoffbasiertes und dennoch soziales Wirtschaftswachstum genannt. Botswana hat durch gute Verhandlungen mit dem Unternehmen de Beers hohe Gewinne aus dem Diamantenabbau für den Staat generieren können und diese gut investiert. Vor allem die im Land geografisch gestreuten Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit haben zum relativen Wohlstand in Botswana geführt. Das soziale Sicherungssystem Botswanas ist gut aufgestellt. Bedürftige Personen erhalten vom Staat Nahrungsmittel und Geldleistungen. Es existieren eine universelle einkommens- und vermögensunabhängige Pension, Nahrungsmittelvergabe an von Unterernährung gefährdete Gruppen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die ländliche Bevölkerung. In Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung ist Botswana Mosambik weit voraus. Dies ist durch höhere Investitionen in diesen Sektoren erreicht worden.

Als Negativbeispiel im afrikanischen Kontext dienen Nigeria und Angola, die beide für eine Fokussierung der Wirtschaft auf die Erdölförderung sowie eine extrem ungleiche Entwicklung der Gesellschaft mit entsprechendem Konfliktpotenzial stehen. Die Erdölförderung Nigerias hat das Land extrem importabhängig gemacht (sogar von Benzin, denn es exportiert nur Rohöl), die Korruption angeheizt und die Landwirtschaft geschwächt. In der Folge ist die soziale Ungleichheit zwischen einer extrem schmalen Oberschicht und der Mehrheit der Bevölkerung weiter gewachsen.

## Die Chancen der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor

Die zu erwartenden Einnahmen aus dem Rohstoffsektor könnten Mosambik von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem entwickelten machen. Wenn Investitionen in die Landwirtschaft, den Tourismussektor sowie in die soziale Sicherung getätigt würden, könnte auch

die mehrheitlich arme Bevölkerung von den Ressourcenfunden profitieren. Zudem könnte das soziale Konfliktpotenzial des plötzlichen Geldsegens dadurch verringert werden.

Allerdings besteht bisher keine staatliche Entwicklungsstrategie zur Verwendung der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Der Fokus des zweiten »Plans zur Reduzierung der absoluten Armut« (Plano Nacional de Acção para a Redução da Pobreza Absoluta – PARPA) ist die Förderung des Wirtschaftswachstums über die Liberalisierung des Marktes durch fiskalische Zurückhaltung und die Verbesserung der Bedingungen für Investitionen im Privatsektor.

Sozialpolitik ist bisher kein Bestandteil der Strategie zur Armutsbekämpfung, nur 0,6 Prozent der Staatsausgaben fließen in die Sozialhilfe. Die aktuelle Sozialpolitik zielt nicht auf Vorsorge, sondern sorgt für die Entstehung eines Zweiklassensystems: Gratisleistungen für die Armen auf niedrigem Niveau und teure Leistungen auf Basis privater Versicherungen für die Wohlhabenden. Das staatliche Sicherungssystem besteht aus geringen Geldzahlungen (so genannter »cash transfers«), die allerdings nicht, wie zum Beispiel das brasilianische Erfolgsmodell der »bolsa familia«, in ein strategisches Programm zur Förderung ärmerer Schichten auf mehreren Ebenen (Konditionierung z. B. an Bildung) eingebettet ist. Bedürftige in den ländlichen Regionen sind weitgehend von dem Programm ausgeschlossen, stellen aber den größten Teil der Bevölkerung dar. Die soziale Sicherung ist eine staatliche Beitragsversicherung, bei der jedoch nur 2,4 Prozent der arbeitenden Bevölkerung einzahlt. Da nur ein geringer Teil der arbeitenden Bevölkerung im formellen Sektor beschäftigt ist, besteht die zentrale Herausforderung darin, ein System zu etablieren, das die im informellen Sektor Beschäftigten integrieren kann.

Das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und den Vereinten Nationen entwickelte »Social Protection Floor« besagt, dass es für eine Basis-Grundsicherung (ohne Gesundheitssystem) für Niedrig-Einkommensländer in Afrika zwischen 2,3 und 5,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 2010 bedürfen würde. Das würde für Mosambik Ausgaben von 512 bis 1268 Millionen US-Dollar bedeuten (zwischen 13 und 32 Prozent der Staatsausgaben von 2011). Einzelne Bestandtei-

le können bereits mit ein bis 1,5 Prozent des BIPs finanziert werden. Programme im Umfang von vier Prozent des BIPs könnten laut ILO die absolute Armut direkt um bis zu 40 Prozent reduzieren (2008 befanden sich 54 Prozent der Bevölkerung Mosambiks unter der Armutsgrenze). Damit wäre dies auch mit bisherigen Mitteln umsetzbar.

### EITI und Anti-Korruptionsgesetze als wichtige Meilensteine?

Die Teilnahme Mosambiks an der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) könnte zu Fortschritten in der Transparenz und den Kontrollmöglichkeiten der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor beitragen. Mosambik hat 2009 den Antrag auf Aufnahme in die EITI gestellt, die globale Standards zur Offenlegung von Zahlungen und Einnahmen aus den Rohstofffunden eines Landes festlegt. Die Umsetzung ist bisher jedoch nicht erfolgt. 2011 wurde ein erster Bericht an das EITI-Sekretariat in Oslo übergeben. Der Antrag wurde von EITI jedoch abgelehnt, weil die Kriterien der Transparenzinitiative nicht erfüllt wurden. Die Regierung hat bis Ende 2013 Zeit, den dritten Bericht einzureichen, um den Status des Kandidatenlandes in den eines »Compliant« (ein die Standards umsetzendes Land) umzuwandeln.

Ein Anti-Korruptions-Gesetzespaket, das derzeit verhandelt wird, könnte bei Verabschiedung durch das Parlament eine positive Wirkung auf die Kontrolle der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor haben. Viele Regierungsmitglieder und Parlamentarier sind mit eigenen Unternehmen an dem Geschäft um die Ressourcen beteiligt, was eine ernst zu nehmende Kontrolle ohne Interessenkonflikte nicht zulässt. Der umstrittenste Teil des Gesetzespakets (Código de Ética), der Abgeordneten in Zukunft verbieten würde, ein Gehalt von staatlichen oder teilstaatlichen Unternehmen zu erhalten, wird derzeit im Parlament diskutiert. Infolgedessen ist ein Streit innerhalb der FRELIMO-Fraktion zwischen Befürwortern und Kritikern des Gesetzes entbrannt. Viele Abgeordnete sind daran interessiert, die Verabschiedung des Pakets bis nach den Wahlen im Jahr 2014 zu verschieben, um dann ggf. ihr Mandat zugunsten der wirtschaftlichen Tätigkeit abzugeben.



## Wo ist die Zukunft Mosambiks?

Es gibt viele Ansatzpunkte für die mosambikanische Regierung, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes möglichst zugunsten der Bevölkerung zu gestalten. Die »African Mining Vision« (AMV) der Afrikanischen Union (AU) bietet einen Aktionsplan, der aufzeigt, wie mit den bekannten Risiken umgegangen werden könnte. Es ist wichtig, sowohl Unternehmen mit attraktiven Angeboten zu Investitionen zu bewegen, als auch einen Teil der Einnahmen klug umzuverteilen. Der Aufbau einer sozialen Infrastruktur, Hilfe für die von Umsiedlung betroffene Bevölkerung, Umweltschutz und Kontrolle der Aktivitäten der Unternehmen sind große Baustellen für den mosambikanischen Staat. Dieser muss institutionelle Kapazitäten aufbauen, die Voraussetzungen für den Gleichschritt von Wachstum und Sozialverträglichkeit sind.

Laut der African Mining Vision sind eine Diversifizierung und Verflechtung des extraktiven Sektors mit anderen Sektoren der nationalen Ökonomie nötig, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mineralien sollten nach Möglich-

keit lokal verarbeitet werden, die Zulieferung von Material und Nahrungsmitteln und der Dienstleistungssektor können gezielt von der Regierung unterstützt werden, um eine breite wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Investitionen in Infrastruktur und Forschung sollten die Zukunftsfähigkeit der Entwicklung sichern.

Wenn die Regierung Mosambiks sich ausschließlich auf die Ausbeutung der Ressourcen verlässt, wird das Land ein kurzfristiges, auf wenige Sektoren beschränktes und nicht nachhaltiges Wachstum erleben, von dem lediglich eine kleine Elite profitieren wird. Indikatoren für Good Governance sind im weltweiten Erfahrungswert in vielen Ländern durch die Einnahmen aus Ressourcenfunden schlechter geworden. Dennoch hat Mosambik Chancen, um die Weichen für ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wachstum zu stellen und den Rohstoffreichtum zu nutzen. Nur wenn die Regierung in den nächsten Jahren eine Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt, die gezielt Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherungssysteme fördert, könnte auch die größtenteils arme Bevölkerung Mosambiks von den Einnahmen profitieren.

## Weiterführende Literatur

**Roll, Michael und Sebastian Sperling, Hrsg. (2011):** Fuelling the World – Failing the Region? Oil Governance and Development in Africa's Gulf of Guinea, Abuja: FES

**Roll, Michael, Hrsg. (2012):** Demokratie statt Ressourcenfluch – Ein neues Modell für ölreiche Entwicklungsländer, Berlin: FES

Alle FES-Publikationen sind über die digitale Bibliothek der FES verfügbar: <http://library.fes.de/inhalt/digitale-bibliothek.htm>.



## Über die Autoren

**Katharina Hofmann** ist Leiterin der FES Maputo, Mosambik. Zuvor war sie im Lateinamerika-Referat der FES tätig und im Büro der FES Shanghai.

**Adrian de Souza Martins** studiert an der Freien Universität Berlin und forscht derzeit zur Rolle Brasiliens in Mosambik.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7441 | Fax: ++49-30-269-35-9217  
[www.fes.de/afrika](http://www.fes.de/afrika)

Bestellungen / Kontakt hier:  
[blanka.balfer@fes.de](mailto:blanka.balfer@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-221-7